

Der Heft vierteljährlich 2,50 M., bei
postularer Zustellung 2,75 M., durch
den Post 3,25 M., nicht zugun-
stellig. Befellungen werden von allen
Reichspostanstalten angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion: Für Druckereianlage:
„Saale-St.“ gelistet.
Verleger: Der Redaktor Nr. 1149;
Sachliche Nr. 176; Reichsdruckerei
(Markt 24) Nr. 2206.

werder die Spaltenreihe oder beim
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. berechnet und in der Gedrük-
stelle, von unseren Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Bekanntes die Seite 75 Pf.
Erleichterung höchstzulässig;
Sonntags und Montags einmahl,
sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Druckerei:
Halle, Gr. Braubaustraße 17;
Verleger: Reichsdruckerei; Markt 24.

Saale-Zeitung.

Dreizehntes Jahrgang.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser trifft nach den neuesten Meldungen am
Abend des 14. September in Mitteldeutsch ein zum Besuch des
Fürsten Solms-Baruth ein. Der Kaiser wird drei Tage in
Mitteldeutsch wohnen und sich in den wildreichen Forsten des
Fürsten Solms in den Jagden betheiligen.
Am 13. Uhr gestern nachmittag fand bei der Kaiserin im
Schloß in Wiesbaden die zweite Zusammenkunft statt. Hierbei
empfing die Kaiserin zum erstenmal die Ministerinnen
mit Frau General v. Borstell von der Spitze, sodann im Großen
Saal die Damen des landläufigen Adels.
Der König von Sachsen hat an den Großherzog von
Baden am 20. Geburtagstag ein herzliches Glückwunschkomm
geschickt.

Das Kaiserinnendivier.

Der Kaiserin traf am Sonntagabend im Mandir-
gebäude des Gabelsberges ein und nahm am Gute des
Ministers v. Bobbiest in Dalmin Wohnung.

Politisches.

Die mecklenburgische Staatsregierung verbot die
Abhaltung des sozialdemokratischen Parteitagess
für beide Mecklenburg innerhalb des großherzoglichen Staats-
gebietes.

See- und Flotte.

Kaiser Wilhelm hat sich, wie das „Berl. Tagebl.“ mit-
teilt, zwei Absehbänke bauen lassen, die er während seiner
Wanderreisen benutzen will. Sie sind in allen Teilen zerlegbar
und enthalten Holzstühle, Tischstühle, Spielzeug, Wirt-
schaftsgeräthe und Unterhalt für die Besatzung.
Die Verichte der kommandierenden Generale über die vom
Kriegsminister angeordnete Uebersiedlung im Westeufraßen der
Fleischeroffiziere sind noch nicht eingegangen. Es dürfte bei
der Schwerfälligkeit der ganzen Materie auch noch mehrere
Wochen vergehen, bis die Verichte vorliegen.
Ritterliche Marine. „Stoch“ ist am 8. September in Laß
Palms (Canarische Inseln) einetroffen und geht am 19. Sept.
von dort nach Madag. (Mozambique) in See. „Seydlitz“ ist
am 8. September in Port Louis (Madag.) eingetroffen und geht
am 11. September von dort nach Mauritius in See. „Kluge“,
„Saterland“ ist am 8. September in Sansau (Senegal) ein-
getroffen.

Kolonial.

Der neue Kolonialdirektor v. Wurzburg soll angeblich eine
Reisung der „W. Westl. H.“ Anfang des nächsten afrika-
nischen Kolonialn in diesem Winter einen Besuch ab-
halten.

Veranstaltungen und Sonnevthe.

Die fünfte Tagung des Deutschen Bundesarbeitsbundes
findet vom 28. bis 30. d. M. in Saarbrücken statt.

8. Vertretung der nationalliberalen Zugendvereine.

(Wandernd vertrieben.) H. G. Hannover, 9. Sept.
Vor den heutigen zweiten und letzten Sitzung sprach zunächst
Generalsekretär Blumme die in Halle über
„Das allgemeine Wahlrecht und seine Bewirkung
in den Einzelstaaten.“

Der Redner stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Satz,
daß das Wahlrecht ein öffentliches Gut sei, daß der Staat
bisher zur Förderung des nationalen Allgemeinwohls anzuhilfen
habe. Für die Einzelstaaten verwarf der Redner das indirekte
Wahlverfahren als überflüssig und schädlich. Er forderte dagegen
die geheime Stimmaabgabe als die merkwürdige Vorbereitung
der Wahlfreiheit. Unter der Voraussetzung der Staatsangehörig-
keit als Grundlage der Wahlberechtigung mußte der Wahlbewerber
an dem Boden des allgemeinen Wahlrechts stehen und jede Ver-
zerrung einzelner Volksschichten zu ungunsten anderer be-
kämpfen. Auf eine Verzerrung gewisser Volksschichten zu
ungunsten anderer komme und jede Verzerrung des Wahlrechts
hinaus zu drängen sei jedem Staatsbürger der gleiche
Wille, das Gesamtvolk zu fördern, voranzutreiben, mußte die
Gleichheit des Wahlrechts ein Programmbedingung des
Wahlrechts sein und bleiben. Für die Einzelstaaten des
Deutschen Reiches sei daher das Reichswahlrecht, das als ein-
gemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das geradeste,
keine das Reichswahlrecht in seiner gewöhnlichen Gestalt
hinanzubringen habe der Wahlbewerber aber zu fordern, daß ein
genereller Ausdruck der höchsten Lebensmeinung der Bevölkerung
in Wahlberechtigung ermöglicht werde durch eine gerechte Eintheilung
der Wahlkreise und durch Einführung der Proportionalwahl.
Für die Länder, wo die Umwandlung bestehender veralteter
Wahlrechtsverfassungen in das allgemeine, gleiche, direkte und
geheime Wahlrecht mit Berücksichtigung nach Lage der politischen
Verhältnisse unthunlich sei, zu erstreben sei, mußte der
Wahlbewerber an dem Boden des allgemeinen Wahlrechts stehen. Die
gleiche Meinung des Reiches bezügl. Die gründliche Lösung
dieser Probleme sei ein Hauptbestimmteil, daß in seinem Ausbau nicht
auf Verzicht und Bildung allein Rücksicht genommen, sondern
auch, vor allem Unterchiedsgründe berücksichtigt, die weltliche
Stelle aller sozialen Schichten betreffen, s. V. den Familien-
stand.

Der zweite Referent, Kaufmann Süßch-Würzburg, stellte
das Wahlrecht als ein Recht hin, daß sich das Volk in seinem
Sammler um die Mitwirkung an der Regierung erheilt hat.
Dem Reichsbewusstsein des Volkes und einer gebunden Auffassung
des Staatsoberhauptes entspräche eine gerechte Teilung der Macht
zwischen Krone und Volk, und zwar nicht zwischen der Krone
und einzelnen bevorzugten Schichten, sondern zwischen der Krone
und dem gesamten Volk. Sietaus ergebe sich als Forderung
für die Wahlberechtigung vor allem die Allgemeinheit und
die Gleichheit, wie wir sie beim Reichswahlrecht haben. Die
Rücksicht auf die Gleichheit des Wahlrechts in verschiedenen deutschen Bundes-
staaten sei durch Einzelgesetz zurechtzubringen zu verstehen.
Die gleiche und einheitliche politische Bürger, da sie
die Angehörigen des Reiches steigere und die direkte Reprä-
sentation dazu sei, daß die Unzufriedenheit über Missgriffe in

Verwaltung und Gesetzgebung an ganz faher Stelle, nämlich
bei den Reichsbürgern zum Ausdruck komme. Redner forderte
ebenfalls die Gleichheit des allgemeinen Wahlrechts, die Ge-
heimen und direkten Wahlkreise in allen Bundes-
staaten. Dem Vorwurf der Entziehung großer Wahlkreise
in den Städten will der Redner durch Einführung der Verhältnis-
wahlrecht begegnen. (Beifall.)

In der Diskussion.

vertetigte Dr. Gebhardt in Weimar die Einführung des Zwei-
klassenwahlrechts in Weimar. Er sei zwar prinzipiell ein Ver-
fechter des Reichswahlrechts, aber er habe Einzelstaaten, in
denen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sich nicht
unmöglich sei. In solcher Stadt sei Weimar. Dort das
Reichswahlrecht einführen, hieße die gesamte Staatsgewalt
in die Hände des Lokalmobilitätslandes legen. — Oberstaatssekretär
Wurzburg erwiderte gegen ein gleiches Wahlrecht. Nur
der solle mitreden, der die richtige politische Stelle habe. In
Weimar sei die Wahlrecht keine Verwirklichung (Wahlrecht),
sondern eine reine Zweckmäßigkeit. Man müsse sich dabei
fragen, daß es auf absehbare Zeit unmöglich sei, in Weimar das
Reichswahlrecht einzuführen. (Widerpruch.) Erreichbar sei
vielmehr nur ein Wahlrecht mit dem Verhältniswahl.
(Beifall.)

Spanner-Darmstadt: In Weimar ist die Ein-
führung des direkten Wahlrechts an dem Wahlrecht
eines Nationalparlamentes, des Herrn v. Geyl, geltend zu
machen. (Beifall.) Dabei waren für das direkte Wahlrecht
wichtige Kräfte vorhanden. Gegen das Vorgehen des Herrn
v. Geyl erhebe er namens der bürgerlichen Sozialdemokraten
Protest. (Beif. Weimar.) — Landtagsabg. v. Campe: Es ist
zu zeigen, daß das preussische Wahlrecht reformbedürftig
ist. Es ist aber die Spannung zum Reichswahlrecht un-
lösbar, evident mir fraglich. Es ist auch nicht wahr, daß die
Konferenzen ihre Herkunft in Weimar dem Reichswahl-
recht verdanken. Früher hatten die Konferenzen unter
dem Namen Wahlrecht nur 14 Mandate! Es müßten eben andere
Mandate vorliegen. (Zustimmung.) Dr. Geyl: Die Weimar-
Verichte der Verichte und Grundzüge der Verichte ge-
bieten die Einführung des gleichen Wahlrechts. Durch die Ein-
führung des gleichen Wahlrechts, Es heißt ja an der
Zurechtweisung der liberalen Idee, an der Lebensgemeinschaft
unterer Volksschichten, wenn wir nicht imstande sein sollten,
im Laufe der Einführung die sozialdemokratischen Minder-
heiten aus der Welt zu schaffen. Ich kann es keinem
Gewandten begründlich machen, daß er zum Reichswahl-
recht, zum Wahlrecht aber nicht. (Sehr wahr.) Hier
gibt es nur ein politisches Prinzip. Ich spreche auch
nicht vor einem Wunsche mit dem Freium und der
Sozialdemokratie zurück, noch mehr, wir müssen die Zeit
überwinden. (Beif. und Widerspruch.) — W. S. H.: Wenn
die Herren Nicht und Sozialdemokraten die Wahlrecht ge-
ben für die Gemeinden das gleiche Wahlrecht fordern. (Kurze
Zustimmung.) Dann bilden Sie einmal zwei Wahlpläne, wo der
demokratische Stadtrat, den es beliebt gibt, sich zu den
schärfsten Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Mehrheit
gezwungen sieht. — Koch-Wilmanns: Der Grundton aller
Einwände gegen das Reichswahlrecht ist die Angst vor der
Sozialdemokratie. Das ist aber ein ganz verfehltes Motiv. Es
ist eine ungehörige Entstellung, wenn die liberalen Staaten
die Verfassung im liberalen Sinne ändern, während die
preussische Reaktion im allgemeinen Weis der Nacht nicht mit
der Zeit geht. — Dr. Böhm: Weimar ist im Weimar mit der
Einführung des Reichswahlrechts einverstanden. Aber man
muss doch Gegenwärtigkeit treiben. Glauben Sie, daß in
Weimar jetzt das gleiche Wahlrecht eingeführt werden könnte?
Das würde die Herkunft der Sozialdemokratie und des ultra-
reaktionären Konservatismus bedeuten. — V. A. H.:
Eberfeld: Wäre nicht geltend, daß das gleiche Wahlrecht
ein liberale Prinzip ist. (Zustimmung.) Und dann: Hat denn
das Reichswahlrecht nicht einen Zweck? Es hat
die Herkunft der Ultramontanen eingebort. (Zustimmung.)
Und es hat weiter zur Verwirklichung des politischen Zweckes geführt.
(Sehr gut.)

Regierungsrat Dr. Böhmgen-Weimar: Das gleiche Wahlrecht
für die Landtage würde ein Vorhaben für die liberalen sein,
in politischen Relationen mehr wie höher zu stehen. Aber die
liberalen bemerken die Möglichkeit an die Parteiführer abzugeben,
dann würde es um untere liberale Sache besser stehen. (Beifall.)
— Kapp-Sonneberg: Solange wir im Weimar eine aus
Sozialdemokraten und Zentrum bestehende Mehrheit haben,
solange kann ich das gleiche Wahlrecht nicht für recht halten
und ihm deshalb das gleiche Wahlrecht für die Landtage nicht
ausliefern. (Beifall, Zwischen.) — Dr. F. H.: Stuttgart: Wenn
eine so wichtige Frage wie die Wahlrechtsfrage keine Prin-
zipienfrage sein soll, was haben wir denn dann eigent-
lich noch für Prinzipien? (Sehr gut.) Es wird unterer
Wahlrecht im Süden nicht überdeutlich sein, wenn Sie sich
nicht für das gleiche Wahlrecht aussprechen. (Beifall.)
— Darauf wurde die Debatte geschlossen. In der Abstimmung
wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Das
Reichswahlrecht hat sich bewährt und entspricht den heutigen
geistigen und kulturellen Stadium unterer Völkler. Die national-
liberale Jugend tritt daher für die Unantastbarkeit dieses Wahl-
rechts ein und fordert seine grundsätzliche Einführung in den
Einzelstaaten mit Berücksichtigung der Verhältnisse.“ Darauf
wurde die Verhandlung geschlossen. Der nächste Vertretungstag
findet in Kassel-Stadt statt.

Internationale kriminalistische Vereinigung.

IV.

Hg. Frankfurt a. M., 8. Sept.

Viel der Debatte über die Resultate der Kommission zur
Bestimmung der

Erstvorschriften.

reife Prof. Dr. v. Weizsäcker der Kommission vor
folgt: „Bei der gegenwärtigen Situation müssen zwei Geschäfts-
punkte am Ende zu kommen. Einmal der negative: In weitaus
den Protokolle der Kommission sind, so sind die Verträge doch
absolut ungeeignet für ein Fortschreiten auf dem Wege der Re-
form. Das ist ein hartes Urteil, aber es soll absolut sein. Vor-
wiegend gegen einzelne Personen sein, sondern vor gegen die Ver-
träge, wie man die einzelnen Personen angeht.“ Nur danach
soll weiter gegangen werden, bei dem positiven: Die ersten Ver-
handlungen der Kommission durchzuführen, wünschenswert. Man
kann über die Schwere der Verträge denken wie man will, aber

es geht nicht an, daß eine Kommission, die legislative Arbeiten
wird, sich so weitgehend stellt, daß sie glaubt, mit einem Kom-
missionsbericht die Schwurgerichte aus der Welt zu schaffen.
Die Kommission hätte sich doch orientieren müssen über die
Stimmungen in Süddeutschland und auch in Preußen. Denn to
weit ich unterrichtet bin, ist das preussische Justizministerium
keineswegs geneigt, auf die Schwurgerichte zu verzichten. Viel-
leicht man es theoretisch für wünschenswert halten, daß die
Schwurgerichte beseitigt werden, aber politisch und praktisch vor
der Beseitigung nicht und darum vollständig unüberwindlich sind
dann die Schwierigkeiten! Ich möchte behaupten, daß ein
Professor, der in einer Verhandlung nicht gewesen ist, und den
man sechs Wochen im Süddeutschland eingepfercht hätte, mit dem
Auftrage, über diese Dinge nachzugeben, kaum etwas Un-
praktischeres hervorbringen hätte. (Beifall.) Diese Ver-
träge sind der Schwierigkeiten für die Kommission zu nehmen.“
Der Antrag Dr. v. Weizsäcker auf Veranlassung einer
Statistik zur Untersuchungsbasis wurde mit erheblicher
Mehrheit abgelehnt.

In der Sitzung am Sonnabend stand, wie schon früh ge-
meldet, auf der Tagesordnung die Frage: „Empfindlich ist für
das Deutsche Reich der

Griff eines Auslieferungsgesetzes?“
Der Referent Professor Dr. Franke äußerte: „Zunächst will genau
ausgemacht werden, was die Frage der Auslieferungsbefugnisse
bedeutet. Die Frage der Auslieferungsbefugnisse wird durch die Aus-
lieferungsbefugnisse geregelt, sie ist also eine völkerrechtliche.
Wenn man auch ein Auslieferungsbefugnisse die Auslieferungsbefugnisse
auf bestimmte Delikte beschränkt, so ist damit nicht gesagt, daß
die Bestimmung wegen anderer Delikte nicht ausliefern dürfte.
Dies ist aber die Sache der Politik, nicht der Rechtswissenschaft.
Denn man die auch in den Auslieferungsbefugnisse meist aus-
genommen werden, so haben die deutschen Regierung er-
trogen dem Reich, den politischen Flüchtling dem
Ausland zur Verstraffung zu übergeben. Will man
eine Reform dieses Zustandes beabsichtigen, so kann das nur
durch ein völkerrechtliches Gesetz geschehen, das selbst durch ein Gesetz
über die völkerrechtliche Verantwortung der Aus-
lieferungsgesetze. In der Tat ist der betreffende Rechtszustand
reformbedürftig. Redner betont dabei, daß er weniger das Recht
der völklichen Flüchtlinge im Auge habe, als vielmehr das
Interesse des Deutschen Reiches als solchem. Denn da
die bedeutendsten ausländischen Staaten, wie Nordamerika,
England, Belgien, Holland nur wegen lokaler Delikte aus-
liefern, bei denen die Auslieferungsbefugnisse durch generelle
Auslieferungsbefugnisse feststehen, so entspricht es der Würde
des Deutschen Reiches, den gleichen Standpunkt ein-
zunehmen. Besonders Gewicht legt Redner darauf, daß
jedes einzelne Auslieferungsbefugnisse durch die
Auslieferungsgesetze geregelt werden sollen, in deren Sinne, daß
die Auslieferung, wenn die Gerichte für unzulässig erklären
nicht stattfinden dürfen. Dadurch werde namentlich erreicht, daß
die Verlegung einer Auslieferung nicht als Unrechtsdelikt
gegenüber dem Auslande erscheint. Als Vorbild für ein Aus-
lieferungsbefugnisse empfiehlt Redner das deutsche Gesetz.
Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig folgende Res-
olution angenommen: 1. Die Beschlüsse erklären, daß
die Einführung eines Auslieferungsbefugnisses für Deutschland
dingend wünschenswert ist. 2. Der Vorstand wird beauftragt,
diese Resolution mit dem Verhandlungsbericht dem Reichstag
zu übermitteln. 3. Prof. Franke wird gebeten den Entwurf eines
Auslieferungsbefugnisses auszuarbeiten und den nächsten Tagung
vorzulegen. Die Sitzung wurde die Sitzung geschlossen.
In einer anschließenden öffentlichen Sitzung behandelte Prof.
Dr. Traubent die das Thema

„Amerikanische Kriminalpolitik“,
wobei er auch eingehend die Frage der Jugendgerichtsbarkeit be-
handelte.

Ausland.

Kaiser Franz Josef.

Der Kaiser wird sich heute zu einem sechs bis achtstündigen
Aufenthalte nach Salsburg begeben, um dort die Gedenkfeier
einer letzten Erklärung zu finden. Gehten morgen, am Steuer-
tage der Kaiserin Elisabeth, wohnte der Kaiser einem Essenamt
bei. Am Ende des Vormittags fuhr der Kaiser an der Kaiserin-
Grube vor. Der Kaiser verweilte etwa zehn Minuten in der
Grube, wo er an den Särgen der Kaiserin und des Kronprinzen
Rudolf kurze Gebete verrichtete und Kränze niederlegte. Auf der
Fahrt wurde der Kaiser von einer zahlreichen Menge mit Blu-
men begrüßt.
Gänge überirdische Wälder wollen der Röhre der Kaiserin
nach Dolomiten auch eine politische Bedeutung belegen mit
Rücksicht auf die lebhaft betriebenen Negotiationen verschiedener
Parteien und der südlichen Kreise, den geplanten Besuch,
namentlich von Trebitsch, zu besonderen Zwecken ausgeben.
Der Kaiser hat nur einen letzten Schauder und erwidert in ge-
wöhnlicher Weise seine Arbeiten. Am Sonnabend empfing er auch
Sir Robert Francis aus St. Louis und äußerte sich gegen-
über: „Ich würde wohl gerne Amerika besuchen, bin jedoch zu
alt dazu und habe auch zu Hause zu viel zu tun.“

Gegenüber der eher krautlichen Stellung entnommen Meldung
eines Wiener Blattes, es seien in Kaguja infolge nationaler
Streitigkeiten zwischen türkischen und bulgarischen Soldaten
Südpolen einbezogen worden und es habe ein unglücklicher
Soldat einen bei den Engländern nicht beteiligten bosnischen Sol-
daten erschossen, wird von maßgebender militärischer Stelle in
Wien mitgeteilt, daß es sich bei dieser Meldung um eine Fälschung
handelt, daß sich vor 14 Tagen im Lager von Kaguja (Serbien)
gezeichnet, als die Soldaten in Kaguja zur Räumung
angehen und dabei ein Bosnier ein bulgarischen Soldaten
ermordet getötet wurde. Alle bezüglich der Mordthat des
Engländer gemachten Kombinationen sind unzutreffend und haltlos.

Stalenische Marine.

Großes Aufsehen erregt die Mitteilung, daß Admiral W. A.
Stalenich von seinem Oberkommandos des Reichsbereichs
von Spizien entbunden wird. Der Kaiser, wie bereits schon
genannt, ist die Streifenbewegung unter den Kaiserlichen der
Reichsmarine unterdrückt hat.

Das erste italienische Unterseeboot „Marsaba“ läuft demnächst in Turin vom Stapel.

Die französische Kirchenpolitik.

Sonntag kam es in Valenciennes zwischen den Vertreibern an einer Mairieprozeßion und Sozialisten, welche viele von Mächtern verbundene Prozeßion verdrängen wollten, zu einer argen Prügelei, bei der ein Priester und mehrere andere Verwundete erkrankt wurden.

Die Sonntagstraße in Frankfurt.

800 französische Gensdarmesquadren haben in einer in Bremen abgehaltenen Versammlung Einbruch dagegen erhoben, daß sie von der Polizei des Landes betreffend den wöchentlichen Fußtag abgeschickelt werden.

Die russischen Wägen.

Die Hauptfrage.

Es steht die Berücksichtigung einer durch den Zaren beschickten Delegation bevor, welche anordnet, daß Kronländer einzeln, sofern sie nicht eine spezielle Bestimmung haben, nach Ablauf der Pachtsverträge und Wald, der ohne Nachteil für die örtliche Bevölkerung und für die Fortwirtschaftlichkeit entlassen werden kann, an landbesitzende Bauern zu verkaufen sind. Der Verkauf hat zu erfolgen, als er durch die Kapitalisierung der Durchschnittserträge der bestim�ten Jahre bestimmt ist. Zahlungsstermine der Wägen werden die für die Bauern am günstigsten gelten. Die festzusetzenden Verkaufspreise und die Bestimmung etwaiger Vergünstigungen wird den Kommissionen für die Landanpflanzungen übertragen. Die auf das angeordnete Land überziehenden Bauern können für die erste Einjährig-Dienstzeit und auch den Kronverleihen wenigwertigen Baumaterial erhalten. Die Erwerbung der erwerbenden Kronländer wird auch Personen anderer Stände gestattet, die sich in ihrer Lebensweise von den Bauern nicht unterscheiden. Die Kaufverträge sind steuerfrei.

Graf Stragoranzow hat sich bereit erklärt, sein in vier Teilen belegen Gut Wjsskoje, das über eine Million Desjätinen umfaßt, an die staatliche Verwaltung zu verkaufen, falls die Regierung die Veräußerung dieses Majorsats gestattet.

Eine Ranzade in Sibirien.

Nach einer Meldung aus Sibirien (Russisch-Asien) schon dort gestern vormittag 8 Uhr das Militär in Ranzaden. Es sollen zwei Schiffe zertrümmert, insgesamt 100 Personen getötet und 200 Verwundete verblieben sein. Die Zahl der Verbliebenen betrage etwa 1000. Die Stadt ist vollständig ausgelöscht, niemand werde entkommen.

Welter wird berichtet: Als Kommande beim Staatsanwaltschaftsamt in Sibirien zwei Soldaten erschossen wurden, umgingen sofort sibirische Finanzkontrolleure die Häuser, auch denen die Schiffe geflohen waren, und haben mehrere Salven abgefeuert. Die Soldaten kamen für die erste Einjährig-Dienstzeit und auch den Kronverleihen wenigwertigen Baumaterial erhalten. Die Erwerbung der erwerbenden Kronländer wird auch Personen anderer Stände gestattet, die sich in ihrer Lebensweise von den Bauern nicht unterscheiden. Die Kaufverträge sind steuerfrei.

Tropen in Ostpreußen.

General Lepow tritt am 3. Oktober in Bad Döbenhausen ein. Er genießt dort längere Zeit zum Kurgebrauch der Wälder zu verweilen.

Die „Nowa Wostok“ bringt die wenig glauschhafte Meldung, daß der Generalgouverneur von Warschau, Skalon, untermert Warschau verlassen habe und sich in Berlin aufhalte, von wo aus er alle Verwaltungsbefehle erteilen werde. Wenigstens in Berlin habe er im Einverständnisse mit dem Minister des Innern genommen.

Ein Duell in Serbien.

Der serbische Minister des Innern Vrotschik befehligte in seiner Funktion den Serbisier der gegenwärtigen Wälder. Das Duell wurde am 2. Oktober in der Nähe von Warschau ausgetragen. Der Serbisier wurde verwundet, der Wälder wurde getötet.

Deutsch-französische Differenzen in Amerika. Die letzten Nachrichten vom Kongreß, die mit dem Dampfer „Wälder“ eintrafen, belagern, daß in Südamerika zwischen deutschen und französischen Siedlern Streitigkeiten ausgebrochen sind. Ein französischer Agent verfolge die deutschen Siedler und beschuldigte deren Wälder, worauf Schüsse zwischen beiden Parteien geschwehrt wurden. Der Präsident wurde der Grenzschutzkommission unterbreitet, welche feststellte, daß das Gebiet, auf dem die Streitigkeiten ausgebrochen sind, französisches Gebiet ist, weshalb die deutschen Siedler es zu verlassen hätten.

Halle und Umgegend.

Essentielle Stadtverordneten-Sitzung zu Halle. Halle, 11. Sept. Sonntag, den 10. September, nachmitt. 4 Uhr. Am Vorabend hatte die Herren: Stadtvorsteher Dittzenberger, Siv. Ströcher als Stellvertreter des Vorstehers, Siv. Hagen und Gregor als Schriftführer. Mit Genehmigung der Versammlung von der ersten Sitzung nach dem Verlassen wurde Herr Stadt-Vorsteher Gehlmann

Dittzenberger dem verstorbenen Herrn Stadtrat und Wäldermeister Hildebrandt einen warmen Abschied in etwa folgenden Worten: Mit der Begrüßung möchte der Stedier eines Mannes gedenken, der lange Jahre hindurch als Mitglied der Verwaltung der Stadt gedient habe, und von welchen Tugenden sich Herr Stadtrat Hildebrandt für ein solches Mitglied der Verwaltung der Stadt verdient gemacht habe. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen.

Der Stadtvorsteher Dittzenberger erklärte, daß er sich für die Verwaltung der Stadt sehr interessiert habe und daß er sich für die Verwaltung der Stadt sehr interessiert habe. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen.

Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen.

Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen.

Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen.

Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen. Die Verwaltung der Stadt hat durch seine Tätigkeit sehr viel gewonnen.

Wäldern und aufzunehmen 0,0108 ha ist dem Magistrat als Wälder zu bezeichnen. Der Magistrat hat daher vorberichtlich die Zustimmung der Verwaltung mit auf die Wälder geboten und mit 110 W. das Wälder abzugeben. Mit dem Entwurf der beiden Wälder war die Verwaltung der Wälder einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden. Die Verwaltung der Wälder ist einverstanden.

und drei Maxt Annehmlichkeiten, für die Benutzung des ...

Im Laufe der Sitzung hatte Herr Stadtdirektor ...

Statistisches. Im Monat August 1906 sind in der Stadt ...

Provinzialnachrichten.

* Gießen, 10. Sept. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in ...

* Bielefeld, 10. Sept. [Infolge von ...

* Weimar, 10. Sept. [Vom Hoftheater] Von ...

* Gießen, 10. Sept. [Schlimm] Ein ...

Kunst und Wissenschaft.

p. Ochsinnachrichten. Wie die Blätter für ...

r. Hühnerzucht. Der Herr ...

r. Hühnerzucht. Der Herr ...

r. Hühnerzucht. Der Herr ...

Vermischtes.

Erleben in Sibirien. Aus ...

hartes Leben von Freitag abend, das in einer Entfernung ...

Ein Schlammkatastrophe. Die 5 km ...

Folgen eines Unfalls. Nach einem ...

Sport-Zeitung.

Leipzig, 9. Sept. Das öffentliche ...

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Das Kaiserjubiläum.

Leipzig, 11. Sept. Der Kaiser ...

Der Kaiser trat gestern um 5 1/2 Uhr ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Der Kaiser erwirkte, indem er ...

Einer der Älter beging am ...

Die Unruhen in Dalmatien.

Wien, 11. Sept. Auf dem ...

Der cubanische Aufstand.

Frankfurt a. M., 11. Sept. ...

Breslau, 11. Sept. Die ...

Grenzbau, 11. Sept. Die ...

Wien, 11. Sept. Der ...

Breslau, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Leipzig, 11. Sept. ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Sangerhäuser Bankverein. ...

Wochenübersicht der Reichsbank ...

Preise von Kautschuk ...

Schlachthofmarkt Leipzig. ...

